A15

Antrag

Bundesjugendwerkskonferenz 2022

Initiator*innen: Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V.

Titel: **Kinderarmut auch im Jugendwerk der AWO beseitigen**

Antragstext

Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:

Die Jugendwerke der AWO bekennen sich zu Tradition und Herkunft von Jugendwerk und AWO. Vor diesem Hintergrund nehmen die Jugendwerke in Zukunft insbesondere betroffene von Kinder- und Jugendarmut noch mehr in den Focus ihrer Arbeit und stellen Angebote zur Förderung von finanziell benachteiligten Kinder und Jugendlichen zur Verfügung. Dafür stellt das Bundesjugendwerk finanzielle Ressourcen zur Verfügung und knüpft die Weitergabe von Bundesgeldern an die Einhaltung entsprechender Kritrien.

Die Teilnahme an allen Angeboten der Jugendwerke muss flächendeckend auch für finanziell Benachteiligte Kinder und Jugendliche möglich sein und darf nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes werden beauftragt, das Thema Kinder- und Jugendarmut in den nächsten beiden Jahren als Querschnittsthema in die Arbeit des Bundesjugendwerkes zu integrieren und bei Veranstaltungen zu thematisieren.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle werden beauftragt, im Rahmern der politischen Außenvertretung Öffentlichkeitsarbeit des Bundesjugendwerkes das

Thema Kinder- und Jugendarmut aktiv mitzudenken sowie im Rahmern der politischen Außenvertretung in den Diskurs einzubringen. Dies erfolgt durch die Sensibilisierung für Ursachen von Kinder- und Jugendarmut sowie deren Folgen für die Betroffenen.

Begründung

Fast drei Millionen Kinder und Jugendliche wachsen derzeit in Deutschland in bitterer Armut auf, das sind über 20 Prozent! Die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen liegt noch viel höher. Durch die Folgen der Einkommensarmut der Eltern kommt es zu verminderten soziale und kulturelle Teilhabechancen.

Die Folgen für arme Kinder und Jugendliche sind materieller Mangel und Verzicht, soziale Isolation, problemhafte Bildungsbiografien, geringere Inanspruchnahme non formaler und informeller Angebote, tendenziell schlechterer Gesundheitszustand.

Gerade in der jetzigen Situation müssen wir uns als Jugendverband und muss sich Politik zu allererst um die Belange von Kindern und Jugendlichen kümmern. Die Corona-Pandemie hat die prekäre Situation von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien ein weiteres Mal verdeutlicht. Bestehende Benachteiligungen wiederholen sich und durch die aktuelle Krise wird die Zahl der von Armut Betroffenen oder Bedrohten nochmals steigen.

Kinder- und Jugendarmut geht uns alle an. Sie ist kein Gendefekt, keine höhere Gewalt und auch nicht gottgegeben. Und Armut ist nicht selbst verschuldet. Kinderarmut wird von Menschen gemacht. In wohlhabenden Staaten wie der Bundesrepublik existiert Armut nur, weil sie toleriert, ignoriert und bis zu einem gewissen Grad auch politisch gewollt ist. Aber die neoliberalen Erklärungsmuster funktionieren erschreckend gut und haben sich in den Köpfen vieler Menschen fest verankert. Die Verantwortung für ihre Armut wird den Individuen zugeschoben, sie gelten als faul, ruhen sich in der sozialen Hängematte aus, anstatt ihres eigenen Glückes Schmied zu sein, sind also selbst schuld an ihrer Situation, frei nach dem Motto „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“. Sie gelten als nutzlos, wertlos und liegen dem braven Steuerzahler auf der Tasche. Die Betroffenen müssen also nicht nur mit geringen finanziellen Ressourcen klarkommen. Sie verfügen zudem kaum über Mittel, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und haben im Durchschnitt eine geringere Lebenserwartung. Zusätzlich werden sie von der Gesellschaft diskriminiert und ausgegrenzt. Dabei sind die Ursachen von Armut ganz andere.

Die Armutszahlen steigen und die soziale Ungleichheit wächst. Dabei handelt es sich schon längst nicht mehr um ein Randphänomen. Strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen verursachen Armut und soziale Ungleichheit, diskriminieren und verhindern soziale Mobilität. Rahmenbedingungen sind oftmals so gestaltet, dass Menschen ohne eigenes Dazutun in die Armutsfalle geraten und abgehängt werden. So selektiert das Bildungswesen diejenigen, die aus armen Elternhäusern kommen, der Arbeitsmarkt bietet für viele keine Jobs, die ihre Existenz sichern können, bezahlbarer Wohnraum und sozialer Wohnungsbau ist kaum vorhanden und die Betroffenen werden in benachteiligte Stadtteile abgedrängt. Für all diese institutionellen und strukturellen Bedingungen können die Betroffenen nichts. Aber die Wenigsten haben eine echte Chance, sich aus der sozial benachteiligenden Lebenslage zu befreien. Anstatt das Problem bei den Wurzeln zu packen, zielt die Mehrzahl der politischen Maßnahmen darauf ab, individuelles Verhalten zu ändern. Anstatt den Fokus auf das individuelle Verhalten zu legen, gilt es vielmehr, sich auf die Veränderung der Verhältnisse zu konzentrieren.

Wir wollen, dass es in Deutschland keine armen Kinder und Jugendlichen mehr gibt. So etwas darf es in so einem reichen Land wie Deutschland nicht geben. Hierzu wollen wir allen die Meinung sagen. Wenn wir Politiker*innen treffen, sagen wir denen, dass sie Armut abschaffen sollen.

Im Jugendwerk sollen in Zukunft alle Kinder und Jugendlichen an allen Angeboten teilnehmen können, auch wenn die Eltern nicht so viel Geld haben.